

Das "französische Problem" Europas ist auch ein deutsches

Gunther Hellmann

23. April 2002

Europa und Deutschland haben nicht erst seit dem überraschenden Erfolg Le Pens in der ersten Runde des Präsidentschaftswahlkampfes ein französisches Problem. Im Grunde leidet Frankreich seit Anfang der 1990er Jahre an einer tiefgreifenden Identitätskrise. Die aktuellen innenpolitischen Probleme überlagern dabei das viel grundlegendere Problem, dass das Verhältnis von Staat, Nation und Europa seit der deutschen Vereinigung und dem Vertrag von Maastricht wachsenden Spannungen ausgesetzt ist. Die französische Elite verfügt nicht mehr über eine hinreichend konsensfähige, vor allem aber auch realitätstaugliche Vorstellung, welche Rolle das Land in welcher Art von Europa anstreben soll. Die Vorstellung von der EU als Projektionsfläche globaler französischer Ambitionen und internationales Gegengewicht gegen die USA ist weder innenpolitisch völlig unumstritten, noch wird sie von Frankreichs wichtigsten europäischen Partnern, den Deutschen und Briten, geteilt. Gleichzeitig erscheint das fortwährende französische Ziel, die wachsende deutsche Macht in einem Europa der Nationalstaaten zu fesseln, zunehmend prekär, da die klassische gaullistische Präferenz zugunsten intergouvernementaler Strukturen die deutsche Macht gerade akzentuiert. Noch wichtiger aber ist, dass die französische Identitätskrise sich in gesamteuropäischer und speziell deutscher Perspektive zu einem Problem entwickelt hat, das in seiner Bedeutung an das alte "deutsche Problem" Europas heranreicht. Die wichtigsten Reformmaßnahmen im Zusammenhang mit der Erweiterung und Vertiefung der Europäischen Union werden nur gelingen, wenn sie Frankreichs Zustimmung finden. Diese werden sie aber nur dann finden, wenn sie einer tief verunsicherten französischen Elite das Gefühl vermitteln, dass Frankreich einen seinem Selbstverständnis angemessenen Platz an der Spitze Europas einnimmt. Genau dies wird den Franzosen aber immer häufiger verwehrt - in auffälligem Kontrast zu seinem Vorgänger auch vom gegenwärtigen deutschen Bundeskanzler. Die Folgen waren in Nizza zu spüren - und dies könnte im Vergleich zu dem, was in Zukunft im Zusammenhang von Agrarhaushalt-versus-Nettozahlerrolle drohen könnte, noch harmlos gewesen sein.

Das "französische Problem" Europas ist aber auch deshalb ein Problem des "nationalen Interesses" Deutschlands, weil die Verwirklichung der übergreifenden Ziele deutscher Außenpolitik nach wie vor wesentlich von französischer Zustimmung abhängt. Die Stabilisierung des Ostens und Südostens Europas bei gleichzeitiger Reform der Kerninstitutionen der EU wird ohne Frankreich nicht gelingen. Insofern hängt der Erfolg deutscher Politik heute nicht weniger, sondern eher mehr als früher von der Funktionstüchtigkeit der deutsch-französischen Zusammenarbeit ab. Genau dies aber wird selten ausgesprochen, da die Begründung der Zentralität deutsch-französischer Zusammenarbeit heute eine andere ist als früher und diese Begründung weder in Berlin noch in Paris ins Vokabular der eingefahrenen Freundschaftsrhetorik paßt. Die neue Begründung läuft auf eine Umkehrung der traditionellen Rollen hinaus: So wie die Franzosen nach dem Zweiten Weltkrieg mit Hilfe der europäischen Integration zur Hebamme für die Resozialisierung der Deutschen in Europa wurden, so sind die Deutschen heute gefordert, mit Hilfe einer weitsichtigen Europapolitik den Macht- und Statusverlust Frankreichs abzufedern. Keines der herausragenden außenpolitischen Ziele Deutschlands wird sich verwirklichen lassen, wenn es nicht gelingt, die wachsenden Zweifel der französischen Elite zu besänftigen, dass Frankreich auch in der zukünftigen europäischen Architektur einen hervorgehobenen Platz einnehmen wird. EU-Erweiterung und EU-Reform sind insofern immer darauf hin zu prüfen, inwieweit sie auch der Abfederung des machtpolitischen Niedergangs Frankreichs dienen.

Unabhängig davon, wer nach dem 22. September in Berlin regieren wird, wird sich außenpolitischer Erfolg daran messen lassen, ob es gelingt, die fortgesetzte europaverträgliche Einbindung Deutschlands mit der Reformierung der EU-Institutionen nach innen und der wohlwollenden, aber gleichwohl imperialen Ausdehnung ihrer Herrschaftsstrukturen nach außen zu verbinden. Der Erfolg einer solchen Politik droht freilich die hervorgehobene Rolle Deutschlands und die bestenfalls beigeordnete Rolle Frankreichs zu akzentuieren. Folglich ist eine den deutschen Zielen abträgliche französische Politik umso wahrscheinlicher, je "selbstbewusster" die deutsche Politik "nationale" (statt gemeinsame europäische) Interessen in den Mittelpunkt rückt. Daraus folgt, dass vom pfleglichen Umgang mit Frankreich und von der fortgesetzten Koordinierung der wichtigen außen- und europapolitischen Initiativen der Erfolg deutscher Außenpolitik insgesamt abhängt. Entgegen der offiziellen Sprachregelung der Regierung Schröder, ist die deutsch-französische Partnerschaft nicht eine unter vielen "strategischen Partnerschaften", sondern aus "nationalem Interesse" nach wie vor die vorrangige. Das Bild vom deutsch-französischen Tandem als der wichtigsten treibenden Kraft gesamteuropäischer Politik ist passender denn je. Vorwärts geht's nur gemeinsam, treten müssen beide und beim Lenken kann man sich abwechseln, sofern Einigkeit besteht, wohin es gehen soll.